



**Ökumenisches Netz**  
**Rhein – Mosel – Saar e.V.**  
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1  
56564 Neuwied  
Tel. 0 26 31 – 35 41 40

E-Mail [info@oekumenisches-netz.de](mailto:info@oekumenisches-netz.de)  
[www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)

Ök. Netz, Pfr.-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

**Ministerpräsident Kurt Beck**  
**Staatskanzlei**  
**Peter-Altmeier-Allee 1**  
**55116 Mainz**

Neuwied, den 13.9.2006

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Im Mai unterstützte das Ökumenische Netz den Protest gegen den Aufmarsch rechtsextremistischer Gruppen in Koblenz. Einer der Redner auf der Kundgebung unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ war Ihr Parteigenosse, der Koblenzer Oberbürgermeister Schulte-Wissermann. Vollmundig verkündete er, dass in Koblenz alle Menschen Platz hätten, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Nationalität – nur keine Menschen mit rechtsextremistischer Gesinnung.

Nun soll die Familie Yildirim keinen Platz mehr in Koblenz haben, in der „Stadt zum Bleiben“, wie Koblenz zu Werbezwecken genannt wird. Einmal mehr wird deutlich, wie weit die Sonntagsreden von Politikerinnen und Politikern und die reale Politik, die sie betreiben, auseinander klaffen. Koblenz ist nur eine offene Stadt, wenn es image- oder geschäftsfördernd und pressewirksam ist. In der Realität werden Menschen, die hier leben, abgeschoben: Die Yildirims leben seit zehn Jahren hier, die Kinder im Alter von vier, sieben und neun Jahren sind hier geboren, sie kennen die Türkei nicht, das Land, in das sie abgeschoben werden sollen.

Abgeschoben werden sie aufgrund einer Asyl- und Ausländergesetzgebung, die so restriktiv ist, dass selbst die NPD den Asylkompromiss zwischen den großen Parteien von 1993 ausdrücklich begrüßte.

Ich hoffe, Sie können unsere Verwunderung ob der Diskrepanz zwischen den vollmundigen Worten gegen Rechts und der betriebenen Politik und Verwaltungsakte nachvollziehen.

Jedoch bietet in diesem Fall auch das Recht eine Möglichkeit, der Familie ein gesichertes Bleiberecht einzuräumen: Die UN-Kinderrechtskonvention, von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben und ratifiziert, verpflichtet alle Einrichtungen, Behörden und Gerichte dazu, bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen.

Im Falle einer Abschiebung der Familie Yildirim in ein fremdes Land, das die Kinder nicht kennen, dessen Sprache sie nicht sprechen, werden die Kinder aus der Integration in Kindergarten und Schule herausgerissen. Wir können nicht erkennen, wie dies – wie rechtlich verlangt - mit dem Kindeswohl vereinbar sein soll.

Daher fordern wir als Vorstand des Ökumenischen Netzes ausdrücklich ein dauerhaftes Bleiberecht für die seit vielen Jahren in Koblenz lebenden Yildirims und erwarten von Ihnen, dass Sie sich in Ihrer Stellung als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und Vorsitzender einer der großen deutschen Parteien dafür sorgen, dass Familie Yildirim in Koblenz bleiben kann. Darüber hinaus erwarten wir, dass Sie sich für eine Gesetzgebung einsetzen, durch die solch unmenschliche Situationen verunmöglicht werden.

Im Namen des Vorstands mit freundlichen Grüßen,

*Dr. Sabine Ferenschild*